

Hans-Jürgen Burchardt

Die Globalisierungsdebatte: Ahistorisches Ringelreihen und reduktionistische Prophezeihungen

Dr. Hans-Jürgen Burchardt, geb. 1962 in Hannover, Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg, Havanna und Bremen, ist wiss. Mitarbeiter der Universität Hannover, Forschungsschwerpunkt Transformationsprozesse und Globalisierung. Letzte Veröffentlichung: Kuba - Der lange Abschied von einem Mythos, Stuttgart 1996.

Während sich das Gespenst des Weltkommunismus offensichtlich ins Exil nach Kuba zurückgezogen hat, geht in der Wissenschaft und in der Öffent-

lichkeit längst ein ganz anderer Geist um; und er hat auch einen Namen: Globalisierung. Damit sollen in der Regel die weltweiten Strukturveränderungen in den achtziger und neunziger Jahren beschrieben werden. Die einzelnen Elemente der Globalisierungsthese scheinen dabei bestechend logisch ineinanderzugreifen. Bei ihrer genaueren Betrachtung fällt allerdings auf daß sie selten empirisch überprüft, historisch eingeordnet oder mit der Theoriedebatte der letzten Jahrzehnte verglichen werden. Wie die folgende Analyse zeigt, aus gutem Grund.

Als typische Strukturmerkmale für Globalisierung werden meistens genannt: Als erstes die Expansion des Welthandels, die den Weltmarkt in einen globalen Basar verwandelt - nach neueren Angaben der WTO betrug z. B. der internationale Handelszuwachs zwischen 1990 und 1996 durchschnittlich 6 Prozent pro Jahr, und für 1997 wurden rund 7 Prozent erwartet. Damit verbunden ist ein enormes Wachstum der Weltdirektinvestitionen. Während das Weltexportvolumen zwischen 1980 und 1989 um jährlich circa 5 Prozent wuchs, lag der entsprechende Anteil von Direktinvestitionen bei etwa 20 Prozent; in diesem Zusammenhang wird von einer Globalisierung der Standorte gesprochen. Zweitens wird auf die relative Bedeutungszunahme von transnationalen Unternehmen hingewiesen, die als global players von Nationalstaaten zunehmend unabhängiger werden. Eine UN-Studie von 1994 kommt immerhin zu dem Ergebnis, daß zu jenem Zeitpunkt circa ein Drittel des Weltsozialproduktes unter der Aufsicht transnationaler Konzerne hergestellt wird. Ein dritter Punkt - dessen Erwähnung heute fast schon wieder als Banalität erscheint - ist eine der größten historischen Umwälzungen dieses Jahrhunderts: nämlich der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme, der erst die globale Durchsetzung des kapitalistischen Weltmarktes erlaubte. Ein vierter Punkt, der besonders ab Beginn der neunziger Jahre an Bedeutung gewonnen hat, ist das Wachstum des internationalen Finanzwesens und die hohe Dynamik von Finanztransaktionen. Täglich sollen auf den internationalen Finanzmärkten rund eine Billion US-Dollar verschoben werden. Hier hat angeblich eine Entkoppelung der monetären und der produktiven Sphären stattgefunden, die gerne als Kasinokapitalismus bezeichnet wird.

Eng mit dem Finanzwesen verbunden ist die globale Ausweitung der Dienstleistungen, die gelegentlich als Enfstofflichung des Handels umschrieben wird. Auf die neuen Technologien bezieht sich auch eine Interpretation der Globalisierungsthese, die hier aber vernachlässigt werden muß: Danach erwecken die neuen Kommunikationsnetze (z. B. Internet) den Eindruck, mit jedem Ort der Welt kommunizieren zu können, bzw. jeder Ort der Welt mit uns. Die Mär des global village geht um, in dem nicht nur totale Kommunikation und Information versprochen, sondern durch die gleichzeitig auch ein Leitbild für einen global nivellierten Konsum kreiert werden soll. Zählen wir als letzten Punkt hier noch die Eingrenzung von Problemlagen, also grenzenüberschreitende Ökologieprobleme wie das Ozonloch oder den

weltweit begrenzten Ressourcenverbrauch - die Endlichkeit der Rohstoffe – hinzu, haben wir die wichtigsten Elemente - und neuen Wonschöpfungen - von Globalisierungsszenarien zusammen, die die These der weltweiten Durchsetzung ökonomischer Zwänge untermauern sollen. Der Begriff Globalisierung suggeriert dann auch folgerichtig, daß es sich hier um einen Prozeß mit einer sozial einheitlichen Dynamik handelt, durch den alle gesellschaftlichen Bereiche aller Länder der Welt in einen globalen kapitalistischen Markt integriert werden. Auf den ersten Blick scheinen die wie in einem Puzzle zusammenpassenden Einzelteilchen der Globalisierungsthese eine neue - und plausible - Erklärung für aktuelle weltweite Entwicklungen zu ergeben.

Überbewertung des Welthandelsvolumens

Einer historischen und empirischen Überprüfung hält dieser Ansatz allerdings in keinem einzelnen Punkt stand: dies beginnt schon mit der Grundannahme, die momentane Ausdehnung des Welthandels als qualitativ neu zu bewerten. Viele historische Analysen haben hingegen bewiesen, daß die Entwicklung kapitalistischer Strukturen schon immer eng mit der Herstellung einer Weltwirtschaft verbunden war. Allein aus diesem Blickwinkel ist die sogenannte Globalisierung kaum ein neues Phänomen, sondern steht in der Tradition früherer Jahrhunderte. Und auch die angenommene überdimensionale Expansion des Welthandels seit Beginn der achtziger Jahre dieses Jahrhunderts läßt sich zwar anhand absoluter oder mit Blick auf Vorjahre relationierter Zuwachsraten eindrucksvoll aufzeigen, hält einem historischen Vergleich aber nicht stand: So war z. B. noch Ende der siebziger Jahre ein ökonomischer Globalisierungsgrad meßbar, der gerade einmal bei vier Fünftel der Internationalisierung von 1913 lag. Und erst Ende der achtziger Jahre haben die heutigen OECD-Länder das auf Handel bezogene Internationalisierungsniveau am Vorabend des Ersten Weltkrieges erreicht. Empirisch darf also bezweifelt werden, ob wir es bei der jüngeren Entwicklung des internationalen Handels schon mit einem dem goldenen age von 1870 bis 1913 analogen langanhaltenden Weltmarktaufschwung zu tun haben. Bestritten werden muß hingegen schon jetzt, daß es sich hierbei um ein historisch neues Phänomen handelt.

Diese Kritik wird zusätzlich durch eine präzisere Betrachtung des Welthandelsvolumens sowie der ökonomischen Proportionierung des Welthandels mit der Weltproduktion bestätigt: Würde nämlich zum einen der einheitliche europäische Binnenmarkt auch statistisch ernstgenommen - also der intraeuropäische Handel der EU als inländischer Umsatz ausgewiesen - wäre plötzlich das gesamte Welthandelsvolumen um circa ein Drittel geschrumpft. Und zum zweiten ist zwar der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt der OECD-Staaten zwischen 1960 und 1992 um über die Hälfte auf 15 Prozent gestiegen, aber nach wie vor wird auch dort immer noch hauptsächlich für den einheimischen Markt produziert. Auch der Anteil des Handels am Bruttoin-

landsprodukt ist trotz der oben genannten Tendenzen weitweit sehr gering: 85 Prozent der Weltproduktion wird noch für einheimische Märkte hergestellt, fünf Sechste! des Weltkonsums wird durch heimische Produkte gedeckt. In Deutschland liegt dieser Anteil z. B. bei 76 Prozent, in Japan sogar bei 94 Prozent. Bei einer genaueren Betrachtung weist der Welthandel also weder die Dynamik noch das Volumen auf, welche(s) ihm die Globalisierungsthese gerne zuspricht. Eine neue Stufe der Globalisierung ist demnach zumindest quantitativ durch die Entwicklung der Außenhandelsquoten nicht belegbar.

Bei einer Prüfung des zweiten für Globalisierung angeführten Indizes - dem Anstieg von ausländischen Direktinvestitionen - widerfährt uns das gleiche wie beim Außenhandel. Zwar imponieren die absoluten Zahlen der jüngst realisierten Direktinvestitionen für sich alleine ganz gewaltig. In einem konkreten Kontext und bei entsprechender Relationierung schmelzen diese Milliardenbeträge allerdings deutlich dahin: Historisch betrachtet wurde bis 1991 nicht einmal der im Jahre 1913 erreichte Anteil ausländischer Direktinvestitionen an der gesamten Weltproduktion erreicht. Zwischen 1990 und 1993 waren die ausländischen Direktinvestitionen sogar rückläufig, um erst ab 1994 wieder Zuwächse zu erzielen. Doch auch im internationalen Vergleich sind die direkten Auslandsinvestitionen ökonomisch eher von untergeordneter Bedeutung: Die sogenannte Globalisierung der Standorte - die sich übrigens hauptsächlich innerhalb der Industrienationen abspielt, obwohl gerade sogenannte Dritte-Welt-Länder die liberalsten Investitionsgesetze aufweisen - hat an den gesamten Nettoinvestitionen der OECD-Welt gerade einmal einen Anteil von 5 bis 15 Prozent (mit Ausnahme von England). Mit anderen Worten: Auch die Bedeutung dieses Phänomens ist weder besonders neu noch ausreichend relevant, um in ihm eine substantiell neue Qualität des kapitalistischen Weltsystems zu erkennen. Die These von der Globalisierung der Standorte erinnert darum eher an das in den siebziger Jahren entwickelte Konzept der Neuen Internationalen Arbeitsteilung, nach der die Unternehmen massiv zur Strategie des worldwide sourcing - der verwertungsoptimalen Aufspaltung von Fertigungsprozessen an internationalen Standorten - übergehen würden. Daß jene Theorie in vielen Punkten praktisch und empirisch widerlegt wurde, scheint heute ebenfalls vergessen.

Grenzen transnationaler Unternehmen

Eine weitere Schwäche des Konzeptes der Standortglobalisierung findet sich in seiner Fixierung auf Kapitalinvestitionen. Völlig unterschlagen wird hingegen die Mobilität von Arbeitskräften. Und hier führen historische Vergleiche zu ganz anderen Ergebnissen: Die internationalen Arbeitsmärkte der letzten beiden Jahrzehnte sind aufgrund wachsender Migrationsrestriktionen wesentlich weniger offen als die des golden age, das eine enorme Arbeitskräftemobilität auswies. Hier ist also eine deutliche Verringerung des Internationalisierungsgrades festzustellen, die der Globalisierungsthese grundsätzlich widerspricht.

Kommen wir zum dritten Element der Globalisierungsthese und betrachten wir die Funktion transnationaler Unternehmen, denen gerne eine neue Dynamik nachgesagt wird und durch die eine grenzenlose internationale Mobilität des Kapitals bewiesen werden soll. Die Bedeutung und reale Einflußnahme von transnationalen Unternehmen darf nicht unterschätzt werden: Es ist mehr als problematisch, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl von ihnen einen signifikant hohen Anteil an Gütern und Dienstleistungen global bereitstellt, ohne unter effektiver politischer und demokratischer Kontrolle zu stehen. Auch mit der Konsolidierung der Welthandelsorganisation WTO ist es nicht gelungen, eine internationale Wettbewerbsordnung zu institutionalisieren, welche die zentrale Regellücke des GATT schließt - nämlich die Nichteinbeziehung von Multis in das Regelwerk. Allerdings sind bekanntermaßen weder die Existenz noch die aus ihnen resultierenden Probleme ein historisch neues Phänomen. Im Gegenteil: Sie schienen schon immer geradezu prädestiniert für Kritik. Der Spiegel wußte z.B. schon 1974: „Sechzig Konzerne kontrollieren das kapitalistische System des Westens. Sie sind reicher als Nationalstaaten, ihre Manager sind mächtiger als demokratische Regierungschefs - und niemand kann sie kontrollieren.“ Von einer gänzlich neuen Qualität des Weltsystems in den Neunzigern also keine Spur.

Außerdem sind die meisten dieser Multis weder bezüglich ihrer Herkunft noch mit Blick auf ihre Handels- und Investitionsstrategien grenzenlos tätig - also wirkliche global players - wie uns die Globalisierungsthese weismachen möchte: Zum einen sind die Standorte transnationaler Konzerne geografisch nicht gleichmäßig global, sondern asymmetrisch verteilt. 1989 stammten 382 der weltweit 500 umsatzgrößten Industrieunternehmen aus nur fünf Staaten der industriellen Kernzonen, und Mitte der neunziger Jahre wird von der UN geschätzt, daß 90 Prozent aller transnationalen Stammunternehmen ihren Sitz in OECD-Ökonomien haben. Zum anderen sind neuere Untersuchungen über die Tätigkeit transnationaler Unternehmen zu dem Ergebnis gekommen, daß diese bodenständiger sind als ihr Ruf: Es gibt nur wenige globale Akteure wie Coca-Cola. Meistens sind Produkte auf die regionalen oder nationalen Konsumpräferenzen zugeschnitten, denn globale Strategien und territorial gebundene Tätigkeiten widersprechen sich nicht. Transnationale Konzerne reagieren dabei besonders empfindlich auf Veränderungen der Wirtschaftspolitik im Heimatland, ihr Kapital ist nicht einfach mobil, wie vielfach unterstellt wird, sondern eher immobil. Bestimmte Formen von Großunternehmen wie Energieerzeuger oder Raffineriesysteme sind schon allein wegen ihrer produktionsspezifischen Marktgebundenheit nicht grenzenlos transferierbar. Doch auch andere Konzerne sind häufig aufgrund vielfältiger Infrastrukturvorteile, schon existenter Nachfragepotentiale oder voluminöser Industrieanlagen etc. zu räumlicher Stabilität gezwungen. Die von der Globalisierungsthese angenommene entgrenzte Flexibilität verschiedener Kapitalfaktoren entspringt also mehr grenzenlosen Gedankenspielen, als daß sie ein Abbild von Realität widerspiegelt.

Gestaltungsspielräume nationaler Zins- und Geldpolitik

Kommen wir damit zur letzten Aussage der These, die gerade in neueren Diskussionen häufig im Mittelpunkt steht: Es geht um das Wachstum und die hohe Dynamik des internationalen Finanzwesens. Es ist kaum bestreitbar, daß vor allem hier die Aktivitäten eine Dimension und Qualität erlangt haben, die sich am ehesten mit Globalisierung umschreiben lassen. Ob dadurch das Kapital wie nach Auffassung verschiedener Globalisierungstheoretiker gleich „flüssig wie Quecksilber“¹ geworden ist und es sich bei Finanzspekulationen zum Teil nur noch um „reine Wetten“ handelt, muß dennoch bezweifelt werden. Einige Erklärungsansätze über die neue Qualität des kapitalistischen Finanzwesens begrenzen sich aber nicht mehr nur mit einer latenten Assoziation auf eine irrationale Funktionalität des Systems. Sie schreiben dem Finanzkapital - wohl aufgrund seines stärkeren Abstraktums - gleichzeitig eine allgemeine Omnipotenz zu und geben im Anschluß daran gelegentlich auch normative Kriterien vor, die in Abgrenzung vom produktiven Kapital das Finanzkapital als antisoziales, aggressiveres Kapital erscheinen lassen. Solchen normativen Interpretationen muß ebenso wie den Erklärungsansätzen nach einer unterschiedlichen Funktionalität verschiedener Kapitalformen vehement widersprochen werden: Nicht nur, daß sie als peinliche Analogie Erinnerungen an eine in Deutschland eskalierte und rassistisch begründete Verschwörungstheorie wecken, die schon in den dreißiger Jahren das Weltfinanzkapital diffamierte. Sie entbehren auch jeglicher analytischer Kategorie: Allein historisch betrachtet ist die Annahme, daß die aktuelle Dynamik und Mobilität der Finanzwelt dem Weltsystem einen völlig neuen qualitativen Charakter verleiht, wenig plausibel. Und wie erklärt sich darüber z. B., daß die Initialzündung der Weltwirtschaftskrise 1929 - der Börsenkrach des Schwarzen Freitags - ein finanzpolitisches Ereignis war; daß also ausgerechnet in einer Zeit, in der das Finanzkapital noch nicht „in Sekundenschnelle“ überall hinfließen konnte, in der die nationalstaatliche Souveränität kaum bezweifelt wurde und in der von einer größeren Integration monetärer und produktiver Sphären ausgegangen werden konnte, das kapitalistische Weltsystem dennoch durch das Geldkapital in eine Krise gestürzt wurde?

Auch theoretisch ist die vermeindliche strukturelle Entkoppelung zwischen produktiver und monetärer Sphäre nicht haltbar: Zum einen benötigt die - mittlerweile international dominante - Wirtschaftsabwicklung über Märkte eine entwickelte Geldwirtschaft, da nur durch sie ein Äquivalent existiert, welches einen unbehinderten Erwerb von Produktionsfaktoren garantiert. Schließlich muß jedes produktive Kapital auch in Besitz von Geldkapital sein (können), allein schon um seine Produktivität zu gewährleisten. Und zum anderen besteht das Finanzkapital nicht nur aus reiner Fiktion: Auch wenn zur Abwicklung des Welthandels nur ein Anteil von einem Prozent der täglich transferierten Geldsummen benötigt werden sollte - wie gelegentlich imposant behauptet wird -, bedeutet dies nicht im Umkehrschluß, daß es sich beim Restbetrag um rein fiktives Kapital handelt. Auch hier gibt es weiterhin

- wie zum Beispiel bei Aktien - Rechtstitel auf vorhandenes Kapital oder - wie zum Beispiel bei Zinsen - eine Anleihe auf zukünftige Kapitalwertschöpfungen. Die Umwandlung von produzierten Werten in Finanzkapital ist zugleich immanente Voraussetzung und Strukturzwang für eine dynamische kapitalistische Reproduktion des Produktivkapitals, das der Finanzierung bedarf, um immer produktiver zu werden, und das immer produktiver werden muß, um derartige Finanzierungen abzusichern. Ein gewichtiger Anteil des Geldkapitals des Kasinokapitalismus ist darum keineswegs entkoppelt oder autonom, sondern immer noch Ergebnis realer Kapitalakkumulation.

Unbestritten ist hingegen der Hinweis, daß die Höhe des Zinses nicht mehr nur einen möglichen Profit auf das in die Produktion investierte Kapital widerspiegelt, sondern daß infolge der Internationalität des Kredites durch ihn gleichzeitig das Risiko von Kapitalausleihungen und -investitionen abgegolten wird. Neuere Untersuchungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) haben aber ergeben, daß auch diese Beziehungen nicht überschätzt - bzw. allein als Globalisierungsindiz interpretiert - werden sollten. Das DIW stellte 1995 in einer Analyse fest, daß trotz der Globalisierung der Finanzmärkte innerhalb der OECD-Staaten zwischen 1986 und 1991 „erhebliche Realzinsdifferenzen bestanden.“ Und im Gegensatz zu der angeblich entgrenzten Mobilität des Geldes auf der permanenten Suche nach Profit ist es seit 1995 nur ein einzelner Nationalstaat, der die Finanzmärkte prägt: „Seit Februar vergangenen Jahres dominiert die amerikanische Notenbank das weltweite Kapital geschehen.“¹

Das DIW hält eine derartige Einflußnahme aber auch für andere Nationalstaaten für realisierbar und kommt dementsprechend zu dem Resultat, daß „eine eigenständige Geldpolitik trotz hochintegrierter Finanzmärkte möglich ist.“² Von der aufgestellten Globalisierungsprognose, daß „die Nationalstaaten die Zinssouveränität an die globalen Finanzmärkte verloren“ haben, also keine Spur.³ Statt dessen wird es auch zukünftig zumindest in einigen Ländern möglich bleiben, Geld- und Zinspolitik national zu gestalten und binnenwirtschaftlich auszurichten. Ebenfalls unbestritten gibt es ergänzend zu diesem Finanzkapital einen - nicht präzise benennbaren - auf Spekulationen beruhenden reinen Fiktivanteil am Kapital. Dieser wird als imaginärer Reichtum an nominellem Geld allerdings in Krisen entwertet und nähert sich offensichtlich damit wieder seinem realen Wert an. So hat z. B. der heftige Börsencrash vom Oktober 1987 - während dem innerhalb weniger Stunden eine Entwertung in der Größenordnung von circa einer Billion US-Dollar stattgefunden haben soll - der damaligen Weltkonjunktur kaum geschadet. Allein aufgrund der real existierenden Geldspekulation also auf eine neue doppelte Funktionalität bzw. auf eine sektorale Dysfunktionalität

1 DIW. Globalisierte Finanzmärkte - machtlose Politik?, in O I W-Wochenbericht 11/1997. S. 237 ff.

2 Ebd.

3 Elmar Altwater. Operationsfeld Weltmacht - von dem souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: Prokla 47/1994. S. 524.

des ökonomischen Weltsystems zu schließen, scheint nichts anderes als eine weitere gewagte Überzeichnung des globalen Strukturwandels der neunziger Jahre zu sein.

Gleichzeitigkeit von Integration, Fragmentierung und Regionalisierung

Wo die weltweiten Entwicklungen einer genaueren - sei es sektoralen oder aggregierten - Prüfung unterzogen werden, müssen wir also zu dem Ergebnis kommen, daß der weltweite Strukturwandel der neunziger Jahre mitnichten Ausdruck einer neuen Globalität ist: Einerseits ist die zentrale Annahme einer internationalen Mobilität und eines grenzenlosen Aktionsradius des produktiven und des monetären Kapitals weder empirisch noch analytisch uneingeschränkt haltbar. Andererseits scheinen weniger globale Entwicklungen, sondern eher Prozesse von Regionalisierung und Differenzierung die sich herausbildenden Strukturen der neuen Weltwirtschaftsordnung auszuprägen. Die häufig beschworene globale Wirtschaftsintegration gibt es im Grunde nur innerhalb der OECD-Staaten, hier wird mehr als die Hälfte des Welthandels und der größte Teil des intraindustriellen Handels abgewickelt, hier werden mehr als 80 Prozent aller Direktinvestitionen getätigt, und hier werden großteils auch die Milliardenbeträge der Finanzspekulationen verschoben. Und auch bei dieser Konzentration auf Staaten mit „OECD-Profil“ handelt es sich nicht um ein historisches Novum, sondern quantitativ um das gleiche Phänomen von ökonomischer Internationalisierung, wie wir sie schon im 19. Jahrhundert beobachten konnten.

Eine solche Kritik an der Globalisierungsthese bedeutet im Umkehrschluß natürlich nicht, daß die neuen ökonomischen Integrationsprozesse wie auch eine neue Dynamik des Weltmarktes grundsätzlich bestritten werden. Daß der Welthandel auch auf Nationalstaaten einen immer größeren Einfluß nimmt, ist deutlich sichtbar. Doch dies macht es noch nicht plausibel, das Funktionieren dieses Weltsystems anhand der Dynamik eines geringeren Teil seiner Aktivitäten zu erklären. Auch der Hinweis auf die qualitativ neuen, innovativen Tendenzen ist da unzureichend: Kapitalistische Entwicklung ist kein linearer Prozeß der ewigen Erneuerung, der kontinuierlichen Schumpeterschen schöpferischen Zerstörung, sondern besitzt eine wesentlich widersprüchlichere Dynamik, in der auch etablierte Sektoren noch über erhebliche Beharrungskraft und Gestaltungspotential verfügen.

Das neue Hauptmuster kapitalistischer Internationalisierung ist nicht eine Globalisierung im Sinne einer weltweiten Verflechtung, sondern sind statt dessen gleichzeitige Prozesse der Integration, der Fragmentierung und der Reregionalisierung bei einem zunehmend asymmetrisch verlaufenden Machteinfluß der Industriestaaten zuungunsten großer Teile des Südens. Eine Analyse dieser weltweiten Strukturveränderungen sollte sich in ihrer Betrachtung auf die konkreten Auswirkungen der Internationalisierung auf einzelne Länder und Regionen konzentrieren. Jeder Versuch hingegen, diese komplexen Prozesse mittels einer theoretisch konstruierten Globalität in ein

einziges Erklärungsschema zu pressen, mündet in Plattitüden oder Esoterik. Der Bremer Ökonom Jörg Huffschmid brachte es auf den Punkt: „Klar und offensichtlich zutreffend ist der Begriff der Globalisierung nur in seiner plattesten Version: Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus ist der Kapitalismus global, weil er überall ist.“⁴

Vom nationalen Sicherheitsstaat zum Wettbewerbsstaat?

Die Globalisierungsthese begrenzt sich aber nicht nur auf eine Beschreibung globaler Umbrüche; sie ist viel ambitiöser: sie versucht, auch grundsätzliche Entwicklungstendenzen, nach denen sich das Gesicht der Weltgesellschaft insgesamt verändert, zu erfassen. Einer der wichtigsten Überlegungen bezieht sich dabei auf den Staat: Er wird als solcher in Frage gestellt. Der Nationalstaat wird in der Regel als ein politisches Gebilde der internen Herrschaftsdurchsetzung und des externen Alleinvertretungsmonopols entlang territorialer Grenzen beschrieben. Wenn Politik und Ökonomie nun aber räumlich auseinanderfallen, also staatliche Politik in dem Territorium des Staates kleben bleibt, während globale Akteure abheben und weltweit tätig werden, dann ist der Nationalstaat als Basiseinheit politischer Ökonomie offensichtlich in Frage gestellt. In der Diskussion um Globalisierung wird darum behauptet, daß durch die weltweiten Strukturveränderungen auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionsspielräume selbst der großen mächtigen Staaten drastisch beschnitten werden. Aus dieser vermuteten Schwächung des Nationalstaates werden zwei zentrale Schlußfolgerungen abgeleitet:

Einmal wird prognostiziert, daß sich der Staat von einem nationalen Sicherheitsstaat zunehmend in einen nationalen Wettbewerbsstaat verwandelt. Dieser neue Wettbewerbsstaat hat im Grunde zwei Aufgaben zu erfüllen: Er muß den vermeintlichen Globalisierungsdruck - der sich häufig als Konkurrenzdruck äußert - nach innen weitergeben. Dies geschieht in der Regel durch strukturelle Anpassungsmaßnahmen wie durch den Abbau von sozialen Sicherungssystemen und Lohnniveaus. Außerdem wird der Wettbewerbsstaat zum Erfüllungsgehilfen externer Weltmarktbedingungen, das heißt, er baut eine weitmarkt- und angebotsorientierte Infrastruktur auf, die seine Wirtschaft wieder fit fürs neue Jahrtausend machen soll. Die zweite Schlußfolgerung aus dieser prophezeiten Schwächung des Nationalstaates ist die Forderung, die verlorengegangene Kontrolle über die Wirtschaft wieder dort herzustellen, wo sie anscheinend verlorengegangen ist nämlich auf der globalen Ebene. Notwendig ist danach eine Art Projekt Komplexes Weltregieren, das auf die Ausbildung von internationalen und transnationalen Institutionen ausgerichtet ist.

Schauen wir uns nun diese Schlußfolgerungen der Globalisierungsthese genauer an: Unter historischen Gesichtspunkten war die Geschichte der ent-

4 Jörg Huffschmid, Globalisierung oder Blockbildung? Zur Struktur kapitalistischer Internationalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1994, S. 10008.

wickelten Ökonomien auch immer die Geschichte konkurrierender oder kooperierender Nationalstaaten. Ohne die Aufbereitung entsprechend kleiner oder größerer Wirtschaftsräume, die meistens mit den Grenzen von Staaten zusammenfallen, war eine zusammenhängende Produktivkraftentfaltung nicht möglich. Und erst nachdem diese jeweils vor Ort fortgeschritten ist, wird auch die Vernetzung entsprechender Wirtschaftsräume zum gegenseitigen Nutzen. Kapital und Nationalstaat standen damit in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander und nicht in einem Prozeß, in der die eine Seite die andere aufhebt. Es gibt nicht wenig Hinweise darauf, daß dies auch weiterhin der Fall sein wird. Denn trotz einer unbestrittenen Erosion staatlichen Regulierungspotentials in traditionellen Bereichen der Wirtschaftspolitik ist nicht ausgemacht, daß dieser Verlust nicht durch die Erschließung anderer Einflußbereiche mehr als kompensiert wird.

Die Kritik an verschiedenen Prämissen der Globalisierungsthese soll dies verdeutlichen. Zum einen ist deren Definition einer Fixierung von nationalstaatlicher Regulierung auf territoriale Räume nicht haltbar. Wie z. B. ist damit das ambitionierte Interesse des deutschen Nationalstaates an einem Sitz im Weltsicherheitsrat und sein vehementes Drängen auf eine Parlizipation an zukünftigen internationalen Militäroperationen zu erklären? Oder wie die jüngste Verschärfung der US-Wirtschaftssanktionen gegen Kuba, die trotz einer mehrfachen Verurteilung der völkerrechtswidrigen Blockade durch die UN-Generalversammlung im März 1996 ratifiziert wurde? Wie zum Hohn gegenüber dem darauf anschwellenden internationalen Protest verabschiedeten die USA Anfang August gleichen Jahres ähnliche Gesetze gegen Investitionen im Iran und in Libyen. Sanktionen, die beweisen, daß es sich im Falle der nordamerikanischen Kubapolitik nicht um einen Einzelfall handelt. Schon diese wenigen Beispiele machen deutlich, daß von einer Begrenzung nationalstaatlicher Politik auf eigenes Territorium keine Rede sein kann. Doch auch die geforderte Wiederbelebung von Politik durch internationale Institutionen läuft ins Leere. Weltorganisationen waren schon immer mehr Transformationsriemen und Katalysator der Politik einiger Nationalstaaten als die Manifestation einer internationalen Souveränität, wie z.B. die Politik der neugegründeten Welthandelsorganisation WTO oder die Wahl des neuen UNO-Generalsekretärs beweist. Hier wird ganz deutlich: Es gibt keinen zwangsläufigen Gegensatz zwischen nationalstaatlicher und internationaler Politik. Internationale Institutionen bedeuten nicht grundsätzlich einen nationalen Souveränitätsverlust und somit eine Globalisierung von Politik, sondern können zum genauen Gegenteil führen. Die globalen Konfliktlinien verlaufen, und die realen Politikdefizite befinden sich dementsprechend nicht zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaat, sondern zwischen ökonomisch einflußreichen und ökonomisch nicht einflußreichen Staaten und Regionen.

Doch die These vom geschwächten Nationalstaat muß auch aus anderen Gründen hinterfragt werden: So wird bei einer Kritik an der ökonomischen Internationalisierung oft nur der mögliche Souveränitätsverlust von Natio-

nalstaaten ins Zentrum der Debatte gerückt. Auffallend ist, daß diese Entwicklung niemals in ihrer Ambivalenz betrachtet wird, also mögliche Souveränitätsgewinne für diese Staaten kaum diskutiert werden. So könnte z. B. eine Einschränkung von staatlicher Souveränität bei einer gleichzeitigen politischen Integration mit anderen Staaten die öffentliche Steuerungsfähigkeit sogar ausweiten, wenn es dabei zu einer Übertragung von Verantwortung auf höhergelagerte Instanzen kommt, die die frühere einzelstaatliche Politik jetzt für mehrere Länder garantiert. Ein Beispiel dafür ist das Schengener Abkommen, dem es gelungen ist, eine restriktive Immigrationspolitik europafähig zu machen, die dabei gleichzeitig sehr an Effektivität gewonnen hat.

Bei wirtschaftlicher Integration können durch den Abbau von Handelshemmnissen, Wechselkursdifferenzen etc. zudem auch reale Wohlfahrtsgewinne entstehen, die z.B. den nationalen Verteilungsspielraum zwischen Arbeitnehmern und -gebern wie auch zwischen Staat und Wirtschaft vergrößern und damit vorausgehende Souveränitätsverluste überkompensieren. All dies sind auch zukünftig keine zwangsläufigen, sondern nur potentielle Gestaltungsmöglichkeiten von Nationalstaaten. Der spekulative Charakter solcher Prognosen diskreditiert sie allerdings nicht, solange sie als Antipode zur These eines nationalstaatlichen Souveränitätsverlusts fungieren und dabei die Defizite derartiger Analysen reflektieren.

Innerhalb dieses Referenzrahmens soll nun zuletzt die Transformation vom nationalen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat analysiert werden. Ein historischer Rückblick auf die jüngere Geschichte entwickelter kapitalistischer Staaten läßt einen einzelnen Erklärungsansatz staatlicher Funktionsweise als nur Sicherheits- oder nur Wettbewerbsstaat und die daraus folgende Dichotomie des staatlichen Funktionswandels zweifelhaft erscheinen. Vielmehr scheint der entwickelte Nationalstaat schon immer beide Funktionen ausgeübt zu haben: Als Sicherheitsstaat hat er die nationalen Verwertungsbedingungen je nach Situation integrativ oder repressiv zu verbessern, als Wettbewerbsstaat die im Kapitalismus angelegten Expansionstendenzen entweder aggressiv oder kooperativ/ korporatistisch zu optimieren versucht. Es bleibt darum fraglich, ob die oft behauptete strukturelle Funktionsverschiebung staatlicher Politik tatsächlich stattfindet. Wahrscheinlicher ist, daß die einzelnen Nationalstaaten sich nicht erst jetzt zu Wettbewerbsstaaten transformieren, sondern, da sie schon immer in einer ihrer Funktionen Wettbewerbsstaaten waren, selbst eine Zunahme internationaler Konkurrenz bedingen, die die externen Verwertungsbedingungen tendenziell erschweren. Die Dynamik kapitalistischer Verwertung fällt infolgedessen wieder Zusehens auf die internen nationalen Verteilungsspielräume zurück: Es findet eine Umverteilung zugunsten der Unternehmensseite statt, um die Verwertungsbedingungen zu verbessern. Mit anderen Worten: Nicht der Globalisierungsdruck des Weltmarktes zwingt die Nationalstaaten zu neuen Umverteilungsprozessen: es sind vielmehr die Verhältnisse der heimischen Verwertungsbedingungen selbst, die jetzt wieder - von der Unternehmens-

seite - ins Zentrum der Auseinandersetzung gestellt werden. In der mit Globalisierung begründeten Argumentation für eine wirtschaftliche Anpassung geht es darum nicht um zeitweilige Maßnahmen, die im Erfolgsfalle eine neue nationale Wohlfahrtssteigerung garantieren, sondern um eine langfristige soziale Umverteilung: Wer heute den Gürtel enger schnallt, braucht morgen nicht auf eine neue Hose zu hoffen!

Primat der Politik

Wie zu sehen ist, beziehen die Schlußfolgerungen der Globalisierungsthese ihre Argumente hauptsächlich aus sichtbaren Oberflächenphänomenen und basieren auf einer Überinterpretation von realen Tendenzen. Schmerzlich ist dabei die Ignoranz gegenüber historischen Vergleichen, unter der vor allem die Sozialwissenschaften immer noch leiden. Die Globalisierungsthese ist im doppelten Sinne ahistorisch: Sie negiert einmal konkrete gesellschaftsgeschichtliche Entwicklungen. Zum anderen verzichtet sie auf eine wissenschaftsgeschichtliche Aufarbeitung bekannter Erklärungsansätze - und wird so zu einem schalen Aufguß früherer Theorien.

Mit ihrem Defizit an Analyse scheint sie eher das ideologische Konstrukt eines neoliberalen Konzeptes zu sein, welches dann in gewendeter Form als Kritik präsentiert wird. Aber auch wenn die Globalisierungsthese im Kleide einer Kritik daherkommt, muß sie hinterfragt werden. Denn ihre manchmal fast schon hysterisch anmutenden Überzeichnungen haben auch ganz konkrete Auswirkungen auf Theoriebildung und politische Praxis, wie allein an ihrer Interpretation des Nationalstaates deutlich wurde: Solange innergesellschaftliche Entwicklungen primär von äußeren Strukturzwängen diktiert oder dominiert werden, wird der Nationalstaat im Grunde von seinem politischen Mandat als ein Verantwortlicher für allgemeine soziale Integration entbunden. Der Abbau sozialer Sicherungssysteme wird argumentativ legitimiert und erhält scheinbar noch eine zusätzliche - empirische - Plausibilität. Abgelenkt wird so davon, daß innerhalb staatlicher Handlungsfelder die real stattfindende Bevorzugung von wettbewerbsorientierten Struktur- anpassungsmaßnahmen kein äußerer, sondern das Ergebnis eines binnenwirtschaftlichen - und damit eines politisch regulier- und gestaltbaren - Strukturzwanges ist, dessen Repräsentanten - frei nach Brecht - „Adresse und Hausnummer“ im eigenen Land haben. Leicht läßt sich statt dessen die Verringerung sozialstaatlicher Anforderungen als Resultat eines weltweiten Konkurrenzdruckes (v)erklären. ohne konkrete Handlungsalternativen benennen zu müssen. Der Kampf gegen den globalen Moloch würde schließlich doch zu sehr an Don Quijote erinnern. Denn wenn die Globalisierung einem Prinzip folgt, das sich außerhalb jedes politischen Kontextes bewegt, dann ist es auch unmöglich, sie mit politischen Mitteln zu bekämpfen. Im günstigsten aller Fälle heißt es also, sich auf das Anprangern des globalen Unheils zu beschränken und sich in der Opferrolle gegenüber dem Diktat der von politischen Aktionen unerreichten Globalisierung einzurichten. Damit wird aus

der scheinbar kritischen These der Globalisierung eine opportunistische Analyse, die weitere Theoriebildung blockiert und zur politischen Paralyse verdammt.

Diesen Fatalismus ihres Konzeptes scheinen auch einige derjenigen zu ahnen, die sich anhand der Globalisierung an einer Kapitalismuskritik üben; sie retten sich in ein - immerhin stringentes, weil globales - Abstraktum, in dem die Konturen real greifbarer Subjekte politischen Handelns in internationalen Dimensionen verschwimmen. Doch wenn es vielmehr das Ergebnis innerer politischer Kräfteverhältnisse ist, welches soziale Umverteilung verantwortet, gibt es nicht nur einen direkten Verursacher, der greifbar ist, sondern auch Betroffene vor Ort, die zum politischen Träger neuen Handelns und damit zu einem Potential für eine neue Politik werden könnten. Hier müßte eine Analyse der neuen Internationalisierungsprozesse ansetzen, die die Bequemlichkeit eines politischen Opportunismus überwindet und beginnt, ein neues Politik- und Wirtschaftsverständnis zu entwickeln.